Rheder Volkszeitung

Bezugspreis: 2,85 Mk alle 4 Wochen.

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt

Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeister-Ämtern und Ämtern des Kreises Borken.

Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolsing. Werth: Th. Parras.

Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 60 | Freitag, den 1. März 1929 | Jahrgang 1929

Kein Schritt weiter zur Großen Koalition!

Deutsche Volkspartei verlangt vorher Einigung über den Etat. – Das Zentrum wird seine Vorschläge vorlegen.

Die Besprechungen beim Reichskanzler.

▲ **Berlin**, 28. Febr. Die Besprechung des Reichskanzlers mit den Vertretern der hinter der Regierung stehenden Parteien dauerte ziemlich zwei Stunden. Die Vertreter der Deutschen Volkspartei hielten, wie das Nachrichtenbüro des V. D. Z. hört, daran fest, daß sie eine fraktionsmäßige Bindung nur eingehen könnten unter der Voraussetzung, daß vorher eine Einigung über die Fragen des Etats herbeigeführt werde. Von demokratischer Seite wurde demgegenüber betont, daß man zunächst einmal die fraktionsmäßige Regierung bilden und dann nach Vorlegung des Etats die Frage prüfen sollte, wie der Etat ohne neue Steuern ausgeglichen werden könnte. In parlamentarischen Kreisen wird der Ausgang der Besprechung als ernst angesehen. Allgemein geht die Auffassung dahin, daß die heutige Besprechung keinen Fortschritt gebracht hat. — Im Anschluß an die gemeinsame Besprechung empfing der Reichskanzler am Donnerstag abend den Vorsitzenden der Zentrumsfraktion des Reichstages, Abgeordneten Stegerwald, und machte ihm Mitteilung über das Ergebnis der interfraktionellen Besprechung am Nachmittag. Dabei bat er, wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger hört, daß das Zentrum sich an der für Freitag vorgesehenen erneuten Besprechung, in der in der Hauptsache das Steuer- bezw. Finanzproblem besprochen werden soll, beteilige. Die Fraktion nahm den Bericht ihres Vorsitzenden entgegen und beschloß, dem Wunsche des Reichskanzlers zu entsprechen. Die Abg. Dr. Kaas und Dr. Stegerwald begaben sich darauf zum Reichskanzler, um ihm diesen Beschluß mitzuteilen. Das Zentrum wird am Freitag an der gemeinsamen Sitzung der übrigen Parteien, die bei der Regierungsfrage in Betracht kommen; teilnehmen unter der Voraussetzung, daß es sich nicht um eine interfraktionelle Besprechung unter den Parteien, sondern um eine gemeinsame Besprechung bei dem Reichskanzler handelt, um trotz aller Schwierigkeiten nach einem Ausweg aus der Krise zu suchen. Die Aussichten dieser gemeinsamen Besprechung werden angesichts der Haltung der Deutschen Volkspartei als durchaus hoffnungslos bezeichnet.

*

Ein ungeeigneter sozialdemokratischer Vorschlag.

Undurchführbare Streichungspläne der Deutschen Volkspartei.

Von unserer Berliner Redaktion.

:: **Berlin**, 28. Februar. (Drahtb.)

Die Besprechung des Reichskanzlers mit den Führern der zur Zeit in der Regierung vertretenen Fraktionen hat, wie zu erwarten war, die politische Lage nicht um einen Schritt weiter gebracht. Die Deutsche Volkspartei sträubt sich noch wie vor allem deshalb, weil sie mit ihren Steuerwünschen, in denen sie zum Teil von den Demokraten unterstützt wird, bei den Sozialdemokraten auf starken Widerstand stößt. In sozialdemokratischen Kreisen wurde nach der Besprechung der Regierungsparteien beim Reichskanzler erklärt, daß man bei der Haltung der Deutschen Volkspartei in den Finanz- und Steuerfragen, soweit sie mit dem Etat zusammenhängen, keinen Weg zur Balanzierung des Etats sehe. Aus diesem Grunde wurde von sozialdemokratischer Seite der Gedanke der Schaffung der sogenannten Weimarer Koalition in die Debatte geworfen und zwar in der Form, daß man versuchen müsse, die Minister der Deutschen Volkspartei und der Bayrischen Volkspartei ohne fraktionelle Bindung in dieser Regierung zu belassen. Ein derartiger Plan hat aber keinerlei Aussicht auf Verwirklichung, weil das Zentrum darin die Gefahr sieht, daß dann die nicht fraktionell gebundenen Parteien, die Deutsche Volkspartei und die Bayrische Volkspartei, in der Tat die Regierungspolitik machen, während die übrigen Regierungsparteien ins Hintertreffen kommen.

Das Haupthindernis des Zustandekommens einer koalitionsmäßig gebundenen Regierung ist also, wie gesagt, der Widerstand der Deutschen Volkspartei gegen die zur Deckung des Etats beabsichtigten Steuern. Die Deutsche Volkspartei und auch die Demokraten haben in der Oeffentlichkeit seit Wochen behauptet, daß sie in der Lage wären, 300 Millionen am Etat abzustreichen. In welchen Etatspositionen diese Partei die Streichungsmöglichkeiten sehe, damit hält man klugerweise hinter dem Berg. Auch in der Besprechung am Donnerstag ist es dank der zurückhaltenden Taktik des Reichskanzlers Müller nicht gelungen, die Deutsche Volkspartei in diesem Punkt zu einer Demaskierung zu bringen. Man weiß zwar, daß die Deutsche Volkspartei in der Hauptsache die Streichungen am Etat auf Kosten der Sozialpolitik vornehmen will. Sache des Reichskanzlers wäre es gewesen, den Punkt in den Verhandlungen zu klären und die Deutsche Volkspartei zu zwingen, einmal offen die Etatspositionen zu ernennen, die nach ihrer Auffassung gestrichen werden können. Dann hätte es sich bald gezeigt, daß Streichungen in dem Umfang, wie die Deutsche Volkspartei sie der Oeffentlichkeit als möglich annimmt, überhaupt nicht durchführbar sind, denn nicht nur im Lager der Deutschen Volkspartei hat man sich den Kopf über diese Dinge zerbrochen. Auch die Zentrumsfraktion hat seit mehreren Wochen sich mit dieser Frage sehr gründlich beschäftigt. Die Fraktion hat schon vor Wochen einen eigenen Ausschuß zu diesem Zweck eingesetzt, bestehend aus den Abgeordneten Brüning, Erkling und Schreiber. Auch der Franktionsvorstand hat sich wiederholt mit dieser Frage beschäftigt und ist in Uebereinstimmung mit dem genannten Ausschuß zu der Auffassung gelangt, daß sich höchstens 120 Millionen am Etat noch werden streichen lassen. Die Fraktion wird zur gegebenen Zeit ganz bestimmte Vorschläge in dieser Richtung machen und dann wird sich herausstellen, daß die Deutsche Volkspartei mit ihrer Forderung lediglich der Oeffentlichkeit Sand in die Augen streuen wollte. Der Etat enthält eine ganze Reihe von Ausgaben, die an sich notwendig und wünschenswert sind, die aber nicht gerade so eilig sind, daß sie nicht auch eine Hinauszögerung auf spätere Zeit vertragen können. Auf jeden Fall beharrt das Zentrum darauf, daß die Erzielung einer Verständigung über diese Fragen leichter möglich sein wird, wenn die Parteien vorher die feste Bindung an einer Koalitionsregierung eingegangen sind, als wenn diese Verständigung versucht wird, bevor die fraktionsmäßige Bindung erfolgt.

Abg. Lammers legt sein Mandat nieder.

Von unserer Berliner Redaktion.

):(**Berlin**, 28. Februar. (Drahtb.)

Der Zentrumsabgeordnete Klemens Lammers hat sein Reichstagsmandat niedergelegt. Das entsprechende Schreiben an den Reichstagspräsidenten hat folgenden Wortlaut:

„Grundsätzliche Erwägungen wegen der Gesamtentwicklung des deutschen Parlamentarismus bestimmen mich, meine parlamentarische Tätigkeit aufzugeben. Demgemäß habe ich die Ehre, Ihnen, Herr Präsident, hiermit mein Ausscheiden aus dem Deutschen Reichstag mitzuteilen."

Wie wir hören, ist Herr Lammers auch aus seinen sonstigen politischen und anderen Aemtern ausgeschieden, insbesondere hat er seinen Sitz im Vorstand der Zentrumspartei und den Vorsitz im Enqueteausschuß niedergelegt. Dagegen wird Lammers auf Wunsch der Zentrumsfraktion seine Arbeit in der Enquetekommission noch zu Ende führen.

Der Schritt des Abg. Lammers wird in der Zentrumsfraktion des Reichstags bedauert, vor allem deshalb, weil er, wenn auch von Lammers unbeabsichtigt, im gegenwärtigen Zeitpunkt geeignet ist, vor allem der gegnerischen Presse Gelegenheit zu falschen Schlußfolgerungen zu geben. In Zentrumskreisen wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der Schritt sich nicht gegen die Zentrumspartei richtet, sondern gegen die parlamentarische Entwicklung überhaupt. Wenn es tatsächlich zutrifft, daß Lammers aus dem von ihm in seinem Schreiben angegebenen Grunde den Schritt getan hat, so sind wir der Auffassung, daß seine Begründung auch sehr wohl zu anderen Konsequenzen hätte führen können. Wenn man mit der „Gesamtentwicklung des deutschen Parlamentarismus" nicht zufrieden ist, so braucht man sich nicht unbedingt deshalb resigniert zurückzuhalten, sondern kann auch zu der Auffassung kommen, sich mit seiner ganzen Person für eine Besserung des Systems einzusetzen. Hier klafft die Lücke, die vermuten läßt, daß hinter dem Vorgehen von Lammers auch noch andere Beweggründe zu suchen sind.

Das Limburger Schloß in Flammen.

Die Feuerwehr machtlos.

:: **Limburg**, 28. Febr. Das aus dem 13. Jahrhundert stammende Limburger Schloß ist heute Nacht zum größten Teil vom Feuer zerstört worden. Der Brand entstand gegen 2,30 Uhr morgens. Die zahlreich erschienenen Feuerwehren waren machtlos. Die Löscharbeiten wurden noch dadurch erschwert, daß die Hydranten schon seit Wochen zugefroren waren, so daß das Wasser aus der Lahn herbeigeholt werden mußte. Alle Bemühungen der Feuerwehren waren daher vergeblich, da sie erst nach 1½stündigem Brand in Tätigkeit treten konnten. Durch die Funkengarben war ein ganzes Häuserviertel aufs äußerste gefährdet. Bis ½8 Uhr morgens war der umfangreiche Westflügel, der Südflügel und ein Teil des Ostflügels bis auf die massiven Steinmauern niedergebrannt. Unversehrt war lediglich der im Osten gelegene Renaissancebau und der Wohnturm. Eine im Schloß wohnende Familie konnte noch rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden. Menschenleben sind bei dem Brande nicht zu beklagen. Außer wertvollen Kunstgegenständen ist ein ganzes Museum, das in dem Schloß untergebracht war, vernichtet worden. Der Schaden ist sehr groß.

Nur noch eine Ruine.

× **Limburg**, 28. Febr. Nach sechsstündiger angestrengtester Arbeit war das Großfeuer im Limburger Schloß gegen Mittag im großen und ganzen gelöscht. Das ganze Schloß bildet außer dem unversehrt gebliebenen, nach der Lahn zu gelegenen Nordflügel nur noch eine Ruine. Nur die massiven Steinmauern sind stehen geblieben. Wenn auch die brennenden Gebäude nicht mehr zu retten waren, gelang es doch unter den größten Anstrengungen, das Uebergreifen des Feuers auf den im Osten gelegenen Renaissance-Bau zu verhindern, dessen Brand vor allem den Dom in unmittelbare Gefahr gebracht hätte. In dem abgebrannten, etwa drei Viertel des Schlosses ausmachenden Flügel war u. a. die städtische Gewerbeschule untergebracht, deren sämtliches Mobiliar mitverbrannt ist. Auch die durch eine starke Gewölbedecke geschützte Bibliothek des St. Borromäusvereins, die 4500 Bände umfaßte, ist dem Feuer zum Opfer gefallen. Die Ursache des Brandes ist noch nicht festzustellen. Das Schloß diente früher zeitweise den Kurfürsten von Trier als Residenz.

Schloß Limburg.



Im Mittelpunkt des Lahngebietes liegt in der fruchtbaren Niederung die Stadt Limburg. Als sollte auch äußerlich ihre Bedeutung verkündet werden, so grüßt schon von weitem die stolze Stiftskirche in siebentürmiger Pracht über der Lahn ins Land. Hinter ihr auf dem fast senkrecht abfallenden Felsen steht das jetzt fast ganz in Trümmer zerfallene Schloß der Herren von Limburg aus dem Isenburgischen Geschlecht, bis gestern eine aus verschiedenen Bauperioden zusammengesetzte, sowohl vom Lahnufer aus wie im Innern des Hofes höchst malerische Baugruppe. Der älteste Teil, der gerettete Wohnturm mit anstoßender Kapelle, geht auf die gotische Uebergangszeit zurück; der späteren Gotik gehörte der große Saalbau an, der den Südabhang des Berges einnahm. Glücklicherweise sind auch die malerischen Renaissancebauten von dem Feuer verschont geblieben. Der eine, ein zweigeschossiger Wohnbau aus dem Jahre 1534, umbaut die Kapelle nach dem Hofe zu; der zweite mit massivem Erd- und reich verriegeltem Fachwerk-Obergeschoß und hohem geschweiften Giebel, schließt sich an den Wohnturm nördlich an. In größerem Umfange als vor Jahren die Burg Eltz an der Mosel fiel jetzt die ragende Burg, eines der schönsten Bauwerke alter Zeit in Deutschland, dem rasenden Element zum Opfer. Das Schloß diente in jüngerer Zeit, abgesehen von der Unterbringung des Diözesanmuseums und der gewerblichen Fortbildungsschule, der Aufnahme von privaten Mietern. Darüber, wie das Feuer entstanden ist, ist noch nichts bekannt. Es ist anscheinend auf dem Speicher des Langhauses, in dessen Räumen die Schule untergebracht ist, aufgekommen. Von dort sprangen die Flammen dann auf den Ostflügel über. Gleichzeitig wurde auch der Südflügel ergriffen, wo sich Lagerräume befanden.

Die Echtheit der Utrechter Dokumente.

Das Protokoll einer Sitzung militärischer Sachverständiger.

:: **Haag**, 28. Febr. In einer Unterredung, die der „Haag'sche Courant" mit dem Chefredakteur des „Utrechter Tageblatts", Dr. Ritter, über die Frage der Echtheit der von seinem Blatt veröffentlichten Aufsehen erregenden Dokumente hatte, erklärte dieser: Die Dokumente stammen aus einer völlig unverdächtigen Quelle. Sie stellen das Protokoll einer in Brüssel abgehaltenen Sitzung militärischer Sachverständiger dar, sind auf amtlichem Papier des belgischen Staates aufgezeichnet und tragen die Unterschriften der Teilnehmer an der Konferenz, sowie Lacksiegel, wie sie bei den belgischen Ministerien gebräuchlich sind. Was den Text des französisch-belgischen Vertrages betrifft, so ist dieser in das Protokoll über die Konferenz mit eingeschlossen. Dr. Ritter betonte noch, daß man in den Kreisen, die ihm das in Frage stehende Dokument verschafft hätten, nichts lieber sehen würde, als daß man es in Genf auf seinen wahren Wert untersuchen würde. Auf eine Frage, ob Dr. Ritter vor der Veröffentlichung die Dokumente dem niederländischen Außenministerium vorgelegt hätte, antwortete Dr. Ritter verneinend, wobei er jedoch hinzufügte, daß das Außenministerium durch die Veröffentlichung nicht überrascht worden sein könne.

Der Wortlaut wird veröffentlicht.

)(**Amsterdam**, 28. Febr. Das „Utrechtsch Dagblad" veröffentlicht am Donnerstag abend den vollen Text des Geheimabkommens in der Form, wie es dem Blatt angeboten wurde, und zwar in französischem Urtext und holländischer Uebersetzung. Das eine Schriftstück ist vom 20. September 1927 datiert. Es trägt die Aufschrift: „Kriegsministerium", darunter: „Generalstab, III. Sektion Nr. C. B. 17 442 Secr." und die Bemerkung: „Streng vertraulich!" Die Ueberschrift lautet: „Die Konferenzen der französischen und belgischen Generalstäbe vom 7. bis 12. September 1927." Hierunter: „Protokoll."

Es heißt dann: „In Anwendung des französisch-belgischen Militärabkommens vom 7. September 1920 Konvention Brüssel", Artikel V haben in Brüssel am 7., 8., 9., 11. und 12. September 1927 Konferenzen stattgefunden, an welchen folgende Delegierte teilnahmen: Für Frankreich: General Bobeney, Chef des Generalstabs, General Rincau-Sous, Chef des Generalstabes, General Elavier, Militärattaché der französischen Gesandtschaft in Brüssel, für Belgien: General Galet, Chef des Generalstabes, Colonel Michem, Chef der 3. Sektion des Generalstabes, in Funktion eines Unterchefs des Generalstabes, Colonel van den Bergen, Chef der 1. Sektion des Generalstabes. Die Funktion eines Sekretärs wurde Colonel B. M. Estienne, Kommandant des Grenadierregiments in Brüssel, übertragen.

Das Schriftstück beginnt dann: „Auf Antrag des Generals Elavier haben die Delegierten beschlossen, bei den Beratungen ebenso wie bei den früheren Konferenzen 1921 bis 1926 vorzugehen, indem man sich an den Text des Abkommens vom 7. September 1920 anlehnt und die nötigen Ergänzungen und Verbesserungen anbringt."

Hierauf folgen die bereits bekannten Artikel des Abkommens, sowie die von dem „Utrechtsch Dagblad" veröffentlichte Auslegung der Generalstäbe. Bei Artikel I heißt es als Erklärung zu dem Ausdruck „Kriegszustand": „Weder Frankreich noch Belgien haben Angriffsabsichten gegen irgendeinen Staat, aber die

Verteidigungspolitik könnte die Notwendigkeit einer militärischen Offensive mit sich bringen."

Bei dem Artikel, in dem die Möglichkeit erwähnt wird, aus den belgisch-holländischen Meinungsverschiedenheiten einen Vorwand zu einem Angriff auf Holland zu machen, bemerkte General Debeney, daß Frankreich sich im Interesse Belgiens in so einem Falle besser auf eine Unterstützung diplomatischer und industrieller Natur anstatt rein militärischen Charakters beschränken wolle. General Galet dagegen hielt ein militärisches Eingreifen der französischen Truppen in einem solchen Falle für von großem moralischen Wert Auf die Frage über den Charakter des Eisenbahnberichts erklärte Colonel Mihem, daß es sich um einen Vorentwurf handele, der von der 3. Sektion des Generalstabes im Auftrage des Königs von Belgien und des Kriegsministeriums aufgestellt wurde. General Debeney stimmte dem Plane zu, behielt sich aber die Zustimmung des französischen Generalstabes vor

Das Schriftstück ist von General Debeney im Namen des französischen Generalstabes und von General Galet im Namen des belgischen Generalstabes unterzeichnet. Es trägt ferner den Vermerk: Gesehen und gebilligt, Kriegsminister C. H. de Brocqueville und die Bestätigung durch General Michem. Dem Schriftstück ist ein Mobilisierungsplan beigefügt.

Belgien entrüstet sich über Holland.

:: **Brüssel**, 28. Febr. Die belgische Telegrafenagentur meldet: Die Haltung der meisten holländischen Blätter in der Angelegenheit des von dem „Utrechtsch Dagblad" veröffentlichten gefälschten Dokuments verursacht in den belgischen politischen Kreisen eine wachsende Empörung. Der Chefredakteur des „Utrechtsch Dagblads" hat erklärt, daß das von ihm veröffentlichte Dokument die Unterschriften und Siegel der belgischen Amtsstellen trug. Die internationale öffentliche Meinung soll ihn auffordern, seine Beweisstücke vorzulegen und eine genaue Wiedergabe des Dokuments zu veröffentlichen. Andererseits weist man darauf hin, daß für die niederländische Regierung der Augenblick gekommen ist, Stellung zu nehmen. Trotz der Dementis, die sofort nach Kenntnis des apokryphen Dokuments veröffentlicht worden sind, hat sie es für nötig gehalten, in Paris und in Brüssel Schritte zu unternehmen. Seitdem hat sie amtlich von den kategorischen Erklärungen des ehemaligen Ministers des Aeußern, Vandervelde, und des Führers der flämischen Rechte, van Cauwelaert Kenntnis genommen; sie kennt auch die einmütige Protestkundgebung der belgischen Kammer und die bestimmten Erklärungen der englischen Regierung im Unterhaus. Es gehört sich also jetzt, daß sie Stellung nimmt. Wird sie sich mit der belgischen Regierung verbinden, um die Machenschaften zu brandmarken, die dazu angetan sind, die Beziehungen zwischen Belgien und den Niederlanden zu trüben? Wird sie ihre Beihilfe für die Untersuchung gegen die Fälscher und ihre Mitwisser anbieten? Welche Haltung sie auch beschließen wird, es wird volles Licht auf den Ursprung des fraglichen Manövers geworfen werden, damit man sieht, inwieweit es sich um eine Mystifizierung oder ob es sich um verbrecherische Machenschaften handelt.

Die Reichsregierung und die Erklärung Locker-Lampsons.

)(**Berlin**, 28. Febr. An zuständiger Berliner Stelle ist die amtliche Erklärung Locker-Lampsons zu dem französisch-belgischen Militärabkommen zur Kenntnis genommen worden Man sieht in ihr eine Erhärtung derjenigen Erklärung, die der englische Botschafter der deutschen Reichsregierung abgegeben hat. Die Reichsregierung wird weiter alles tun, um auf diplomatischem Wege die Sachlage zu klären.

Botschafter von Hoesch bei Briand.

:•: **Paris**, 28. Febr. Der deutsche Botschafter v. Hoesch hatte heute mit Briand nach einer durch längere Krankheit des Ministers bedingten Pause wieder eine Unterredung über die schwebenden politischen Fragen. Bei dieser Unterredung wurden insbesondere die auf der kommenden Genfer Ratstagung zur Erörterung stehenden Probleme behandelt. Im Laufe der Besprechung nahm der französische Außenminister Gelegenheit, Erklärungen über den kürzlich in einem holländischen Blatt veröffentlichten Text eines französisch-belgischen Geheimabkommens abzugeben.

Der deutsche Gesandte in Brüssel beim belgischen Außenminister.

× **Brüssel**, 28. Febr. Der deutsche Gesandte in Brüssel, Dr. Herstmann, wurde heute vom Minister des Auswärtigen empfangen.

60jährige arbeitslose Angestellte erhalten Ruhegeld.

Verkürzung der Wartezeit in der Angestelltenversicherung.

Von 120 auf 60 Beitragsmonate.

•:• **Berlin**, 28. Febr. Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstages nahm am Donnerstag einen Initiativgesetzentwurf an, wonach die arbeitslosen Angestellten, die das 60. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens einem Jahr unterbrochen arbeitslos sind, als berufsunfähig und das Ruhegeld der Angestelltenversicherung für die weitere Dauer der Arbeitslosigkeit erhalten sollen. Diese Regelung soll vom 1. März ab in Kraft treten und bis 1923 gelten. Einstimmige Annahme fand weiter eine Verkürzung der Wartezeit in der Angestelltenversicherung von 120 auf 60 Beitragsmonate. In einer Entschließung wird die Reichsregierung aufgefordert, baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, der unter Berücksichtigung der weiter vorliegenden Anträge einen weiteren Ausbau der Angestelltenversicherung vorsieht. Die jetzigen Beschlüsse des Ausschusses sollen ohne Beitragserhöhung durchgeführt werden, da die Mehrkosten bei der günstigen Lage der Angestelltenversicherung aus den vorhandenen Mitteln zu decken sein sollen. Die Novelle soll am 1. März in Kraft treten und deshalb bereits am Freitag vom Reichstage verabschiedet werden.

Der Reichstag spricht über die Gründe der Regierungskrisen.

Die volksparteilichen Anträge auf Verfassungsänderung.

Wieder einmal ein kommunistisches Intermezzo.

• **Berlin**, 28. Februar.

Auf der Tagesordnung des Reichstages stand die zweite Beratung des kommunistischen Antrages zum Schutze von Mutter und Kind. Der bevölkerungspolitische Ausschuß empfahl, statt des kommunistischen Antrages die Annahme einer Entschließung, in der die Reichsregierung ersucht wird, die in dem Antrag enthaltenen bevölkerungspolitischen Forderungen (Kinderbeihilfen usw.) auf ihre gesetzgeberische, verwaltungstechnische und finanzielle Durchführbarkeit zu prüfen und entsprechende Gesetzesentwürfe vorzubereiten.

Abg. Höllein (K.) verlangt die sofortige Annahme der kommunistischen Forderungen.

Nach kurzer Debatte, in der von allen Rednern die kommunistischen Forderungen abgelehnt wurden, wurde die Ausschußentschließung einstimmig angenommen.

Zur Beratung kam dann der Bericht des Verkehrsausschusses über Eisenbahntariffragen. Der Ausschuß legte eine Entschließung vor, in der

Frachtvergünstigungen für bäuerliche Güter beim Umzug

empfohlen werden.

Die Ausschußentschließung wurde angenommen.

Es folgte die

erste Beratung des von der Deutschen Volkspartei eingebrachten Gesetzentwurfs zur Aenderung der Artikel 54 und 85 der Reichsverfassung.

Danach soll Zweidrittel-Mehrheit des Reichstages erforderlich sein, um der Regierung oder einem Minister das Vertrauen zu entziehen. Die einfache Mehrheit soll nur genügen in Verbindung mit der Schlußabstimmung über den Etat. Neben dieser Aenderung des Artikels 54 will der Entwurf den Artikel 85 dahin ändern, daß der Reichstag Ausgaben über den Etatsentwurf hinaus nur mit Zustimmung der Reichsregierung und des Reichsrats bewilligen kann. Wenn im Laufe eines Vierteljahres die Steuereingänge den Voranschlag um 10 Prozent übersteigen, soll der Ueberschuß zur Verminderung des Anleihebedarfs zur Schuldentilgung und im nächsten Etat zur Steuersenkung verwandt werden. Diese Grundsätze sollen demgemäß auch bei den Ländern und Gemeinden angewandt werden.

Abg. Dr. Zapf (D. Vpt.) begründete den Entwurf mit einem Hinweis auf die große Steigerung der Ausgaben in der letzten Zeit und auf

die häufige Wiederholung und die lange Dauer der Regierungskrisen.

Nach der Weimarer Verfassung ruht heute die Souveränität beim Volke und sie wird ausgeübt vom Reichstag. Ich frage: Ist dieser souverän, heute in Deutschland populär? (Lebhafte Rufe: Nein!) Das liegt zum Teil an dem Druck des Versailler Vertrages, unter dem ein zufriedenes Volks nicht möglich ist.

Die Schuld liegt auch im System, vor allem im Wahlsystem,

das bestimmten Interessentengruppen einen bedeutenden Einfluß in allen Fraktionen einräumt. Die Folge sind die übermäßig vielen Anträge, die Mehrausgaben erfordern. Wir haben in diesem Augenblick auf die Forderung einer Wahlreform verzichtet, aber wir wollen in unserem Entwurf auf andere Weise den Wettbewerb der Parteien um die Gunst bestimmter Bevölkerungsgruppen erschweren. Wenn wir damit der Regierung eine größere Verantwortung auferlegen, so müssen wir ihr auch

eine größere Sicherung gegen den Sturz durch eine Zufallsmehrheit

geben. Wir folgen dabei dem Beispiel der alten Demokratien in England und der Schweiz. Die Nachahmung des amerikanischen Beispiels mit seiner großen Machtstellung für den Präsidenten, empfiehlt sich für Deutschland nicht. Gerade die weniger stark hervortretende Stellung hat es den beiden Präsidenten der deutschen Republik ermöglicht, sich die Achtung der ganzen Bevölkerung Deutschlands zu erwerben.

Deutschland bedarf mehr als ein anderes Land stabilere Regierungsverhältnisse,

weil es mehr als ein anderes Land bedroht ist. Den Dementis der französischen und der belgischen Regierung werden wir erst glauben, wenn die Verträge und die Verabredungen der beiden Generalstäbe im Wortlaut veröffentlicht werden. Für Deutschland wäre auch der Uebergang zur Diktatur ein gefährlicher Sprung ins Dunkle, zumal er nur durch blutigen Bürgerkrieg möglich wäre. Der Entwurf der Volkspartei will die bisherigen Fehler des Systems ausmerzen, um dieses System gesunder und dauerhafter zu gestalten

Abg. Torgler (K.) beantragte nun, um 4,30 Uhr, den Abbruch der Beratung. Er beruft sich dabei darauf, daß Präsident Loebe für Donnerstag kurze Sitzungen zugesagt habe.

Präsident Loebe: Wir immer waren die Ausführungen des Abg. Torgler auch diesmal unrichtig. (Großer Lärm bei den Kommunisten. — Die Abgeordneten Stöcker und Torgler rufen: „Das ist eine Unverschämtheit!")

Präsident Loebe forderte die Abgeordneten Torgler und Stöcker auf, den Saal zu verlassen.

Abg. Stöcker fügte sich nach kurzem Zögern dieser Aufforderung mit den Worten: „Nur, um Ihnen nicht noch mehr Gelegenheiten zu verschaffen!"

Mit ihm verließen die übrigen Kommunisten den Saal.

Einer rief am Saalausgang zurück: „Sie ebnen der Diktatur den Weg!"

Präsident Loebe erklärte, die kurzen Sitzungen hätten auch bisher immer bis 5 Uhr gedauert.

Abg. Schulz-Bromberg (Dtn.) beantragte Abbruch der Sitzung. — Der Antrag wurde abgelehnt.

In der Aussprache über den volksparteilichen Entwurf erkannte Abg. Bredt (W. P.) die Reformbedürftigkeit des jetzigen Systems an, er bestritt aber, daß der Antrag der Volkspartei das richtige Mittel für eine Reform sei. Der Wortlaut der Weimarer Verfassung ist sehr gut. Tatsächlich ist

bisher nur einmal ein Kabinett durch ein Mißtrauensvotum gestürzt

worden, das Kabinett Marx. Die Schuld an den Regierungskrisen liegt bei den Fraktionen. Dieser Mangel läßt sich durch den volksparteilichen Antrag nicht beheben, ebenso wenig wie der Uebelstand der Bewilligung ungedeckter Ausgaben durch die Fraktionen.

Die Fraktionen sollten mehr Verantwortungsgefühl beweisen.

(Abg. Dr. Zapf (D. Vpt.): Ihre Fraktion hat sich stets der Verantwortung entzogen!) Wir sind ernsthaft noch niemals aufgefordert worden, in die Regierung einzutreten. Wir laufen freilich nicht wie die Volkspartei monatelang hinter der Regierung her, um hineinzukommen. Wenn wir gerufen werden, dann sind wir da. Mit unserem jetzigen System sind wir rettungslos festgefahren. Aenderungen des Verfassungswortlautes können nichts mehr retten, sondern nur Selbstbestimmung des Reichstags.

Um 5,30 Uhr vertagte sich das Haus auf Freitag 1 Uhr. Auf der Tagesordnung steht der Schutz der älteren Angestellten und die Fortsetzung der Verfassungsdebatte.

Die Sachverständigen-Arbeiten.

Einigung über den neuen Transfer-Ausschuß.

+ **Paris**, 28. Febr. In den Verhandlungen der Sachverständigen ist eine gewisse Ruhepause eingetreten — eine Folge des schnellen Verhandlungsganges der ersten zwei Wochen —, da auf allen Seiten das Bedürfnis nach Sammlung und Vorbereitung vorhanden ist. Auch die Sitzungen der Unterausschüsse sind teilweise ausgesetzt. Für die deutsche Abordnung trifft täglich ein Kurier aus Berlin ein. Auch dauern die nichtamtlichen Besprechungen zwischen den einzelnen Abordnungen fort. Wie wir zuverlässig erfahren, besteht auf deutscher Seite noch keineswegs die Absicht, mit Vorschlägen für die Höhe und die Zahl der Jahreszahlungen in nächster Zeit herauszukommen, vielmehr wünscht man die Fortsetzung der Besprechungen, die auch noch in den nächsten Wochen der finanziellen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands gelten sollen, um erst dann auf deduktivem Wege zu einem Vorschlag über die Zahlungshöhe zu gelangen. Diese Woche galt vor allem der Vorbereitung der technischen Modalitäten für einen neuen Kriegsentschädigungsplan Man darf voraussetzen, daß eine Einigung in großen Zügen über die Bildung des neuen Transferausschusses erreicht worden ist, während die Unterkommission für Sachlieferungen sich noch mitten in der Behandlung der Frage nach Art und Umfang der Lieferungen befindet. Auch die Arbeiten des Privatisierungsausschusses sind keineswegs abgeschlossen. Auch hier sind die Beratungen noch im Fluß. Innerhalb der Abordnungen ist in letzter Zeit ein starkes Kommen und Gehen zu beobachten. Insbesondere der Engländer Stamp und der Italiener Pirelli sind häufiger in ihrer Heimat als in Paris Gerüchte über eine Berliner Reise Dr. Schachts werden dagegen von unterrichteter deutscher Seite auf das allerentschiedenste als falsch bezeichnet.

*

Was hat Schacht angeboten?

◇ **Paris**, 20. Febr. Der Direktor für Wirtschaftsstudien in der Bank von Frankreich und Generalsekretär der französischen Abordnung für die Sachverständigenkonferenz, Quesnay, erklärte dem „Journal des Dabats" zufolge u. a.: Man kann damit rechnen, daß die verschiedenen Delegierten sich einigen werden, um das Ergebnis ihrer Arbeiten einer Vollversammlung Anfang der kommenden Woche zu unterbreiten. Erst dann wird man die Frage der Zahlen anschneiden können. Was die Moratoriumsklausel anbelange, von der die Rede sei, so scheine es, daß es sich hier um ein Phantasiegebilde handele Bei Annahme einer dreigeteilten Annuität, von der ein Teil ungeschützt sei, könne man (französischerseits) keiner Moratoriumsklausel, zum mindesten nicht für die Gesamtheit, zustimmen Zur Frage der Festsetzung der Höhe und der Zahlungsweise der deutschen Jahreszahlungen erklärte auch der „Temps", bis jetzt sei diese Frage noch nicht angeschnitten worden. Höchstens seien unbestimmte und ungenaue Anspielungen in gewissen Unterhaltungen gefallen. Für den Augenblick beschränke man sich darauf, die Art und Weise der künftigen Zahlungen auf der Grundlage eines geschützten und ungeschützten Teiles zu besprechen. Wenn man sich über diese Unterteilung der Jahreszahlungen verständigt haben werde, werde man das Verhältnis der Teile zueinander festsetzen. In jenem Augenblick werde man dann notwendigerweise dazu kommen, die Höhe der Jahreszahlungen zu erörtern. Zu den von der „Times" vermerkten Gerüchten, Dr. Schacht habe von 800 Millionen Goldmark gesprochen, stellt der „Temps" fest. Dr. Schacht habe sich vor dem Sachverständigenkomitee sehr lebhaft hiergegen verwahrt und erklärt: „Wir werden unsere Verantwortlichkeiten im gekommenen Augenblick übernehmen." — Die Verantwortung für diese bemerkenswerten Feststellungen müsse der französischen Presse überlassen bleiben.

*

Dögler und Kastl vorübergehend nach Deutschland gefahren.

A **Paris**, 28. Febr. Die deutschen Sachverständigen für die Kriegsentschädigungsfrage Dögler und Kastl sind vorübergehend in privater Eigenschaft nach Deutschland gefahren, da der Stand der Verhandlungen im Augenblick ihre Anwesenheit in Paris nicht erforderlich macht.

Pilsudski über polnische Korruption.

Eine maßlos heftige Rede gegen den Sejm.

+ **Warschau**, 28. Febr Das große politische Ereignis des heutigen Nachmittags war eine Budgetrede des Marschalls Pilsudski im Heeresausschuß des Senats Pilsudski erklärte zunächst u. a., er habe seinen Referenten in den Militärausschuß des Sejm entsandt, weil sein Vertreter Beleidigungen ausgesetzt sei. Die Offiziersehre erfordere aber bei Beleidigungen sofortiges tätliches Vorgehen, desgleichen erfordere die Standesehre eine Verteidigung des Vorgesetzten Da er aber der oberste Vorgesetzte sei, hätte er, um Konflikte zu vermeiden, nichts anderes tun können, als sich selbst in den Sejm zu entsenden Pilsudski kritisierte dann den Parlamentarismus, der sich in üblen Formen bewege, der im Widerspruch zum Leben, zur Arbeit und zum Recht stünde. Dies sei auch ein Grund, daß im Sejm keine Arbeit geleistet werde. Marschall Pilsudski stellte dann fest, daß das Militärbudget im Jahre 1924 700 Millionen Goldzloty betragen habe, das umgerechnet einen Betrag von 1 247 000 Zloty entspreche. Da gegenwärtig die Heeresausgaben nur 814 Millionen (!) betragen, so bedeute dies eine Ersparnis um ein Drittel. Dem früheren Budget habe er für seinen Privatgebrauch den Namen des fröhlichen Budgets gegeben, denn die traurige Geschichte des polnischen Militärbudgets wisse nur von Diebstahl und der Möglichkeit weit getriebener Defraudationen. Tatsächlich seien diese Militärbudgets fröhliche Budgets gewesen, denn er kenne Fälle, wie aus den Geldern des Militärbudgets der Kriegsminister für die Herren Abgeordnete üppige Trinkgelage mit Mädchen aus öffentlichen Häusern veranstaltet habe. Das seien goldene Zeiten für die Herren Abgeordneten im Sejm gewesen. Aus diesen Budgets habe man nicht nur seine Geliebten, sondern auch die Parteien ausgehalten. Auch die Gelder dieses Budgets habe man mit beispielloser Frechheit bestohlen. Marschall Pilsudski polemisierte dann noch gegen verschiedene vom Sejm im Militärbudget vorgenommene Streichungen. Den Dispositionsfonds verteidigte er, da er vor allem für den Kampf gegen die Spionage bestimmt sei. Polen sei ein Paradies für Spionage. Er fühle sich heute zu jeder Zeit ebenso bespitzelt.

Ein neuer Bankschwindel.

•:• **Berlin**, 28. Febr. Wie ein Abendblatt meldet, befassen sich die Berliner Kriminalpolizei und die Staatsanwaltschaft beim Landgericht 1 seit einigen Tagen mit der Aufklärung eines großangelegten Bankschwindels, durch den eine Reihe von in- und ausländischen Banken und viele kleine Beamte schwer geschädigt worden seien. Die Angelegenheit habe in vieler Hinsicht Aehnlichkeit mit den Betrügereien des Leihhausinhabers Bergmann. Im Mittelpunkt der Angelegenheit stehe das einstmals sehr angesehene Privatbankhaus Schappach u. Co., das an einen Kaufmann Schieke übergegangen sei. Schieke habe Beamte und Festangestellte veranlaßt, Zessionen auf einen Teil ihres Gehalts auszustellen, diese verwertet, ohne den Beamten Kredite zu gewähren Aehnliche Manöver habe Schieke auch in Prag betrieben, wobei er verschiedenen Banken in Menge solche Zessionen überlassen habe. Die Kriminalpolizei habe die Angelegenheit an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet.

Das große Los nach Berlin gefallen.

:: **Berlin**, 28. Febr. In der heutigen Nachmittagsziehung der preußischen Klassenlotterie ist das große Los mit dem Hauptgewinn von 500 000 Mark gezogen worden. Der Glückstreffer fiel auf das Los Nr. 147 519, das in beiden Abteilungen in Berlin gespielt wird und zwar in Achtel- und Viertel-Losen.

Riesenfeuer in einem der größten Genfer Hotels.

◆ **Genf**, 28. Febr. Eins der größten internationalen Genfer Hotels, die „Residence", steht in Flammen. Das Feuer breitete sich infolge des starken Sturmes mit größter Schnelligkeit aus und ergriff bald das ganze Gebäude. Nach kurzer Zeit stürzten bereits das Dach und ein Seitenflügel mit ungeheurem Getöse zusammen. Die Löscharbeiten, zu denen die gesamte Genfer Feuerwehr aufgeboten worden war, stießen auf außerordentliche Schwierigkeiten, da die Wasserleitungen zugefroren waren. Die „Residence" ist erst vor acht Jahren völlig neu aufgebaut worden und umfaßte 185 Betten. Das Hotel diente als Quartier für zahlreiche Völkerbundsdelegationen. So hatten insbesondere die deutschen Militärdelegationen zu den Abrüstungstagungen des Völkerbundes, sowie stets auch die ungarischen Delegationen mit dem Grafen Apponyi im Hotel „Residence" Wohnung genommen. Der Schaden wird auf über eine Million Schweizer Franken geschätzt Die noch in vollem Gang befindlichen Löscharbeiten sind ausschließlich darauf gerichtet, die benachbarten Gebäude zu schützen. Das Hotelgebäude wird als verloren angesehen.

*

Gefährlicher Fabrikbrand.

)(**Staßfurt-Leopoldshall**, 28 Febr. In den Sohler-Werken A.-G. in Leopoldshall, Blechemballagen, brach heute früh Feuer aus, das die Fabrik bis auf die Magazine und Kontorgebäude vollständig einäscherte. Durch das unerschrockene Vorgehen der Feuerwehrleute, die aus dem verqualmten Gebäude Benzinvorräte und Sauerstoffflaschen herausholten, wurde eine schwere Explosion verhindert.

Wieder ein Pariser Bankier verhaftet.

•:• **Paris**, 28 Febr. Der Pariser Bankier August Moreau wurde wegen Depotunterschlagung vom Gericht in Anklagezustand gesetzt und verhaftet.

Ein chinesischer Dampfer gescheitert.

80 Mann sollen ertrunken sein.

Hongkong, 28. Febr. Der chinesische Dampfer „Shunan" ist auf dem Jangtsefluß, etwa 40 Kilometer oberhalb Itschang, gescheitert. Nach den letzten Meldungen sollen 80 Personen, wie es heißt sämtlich Chinesen, dabei ertrunken sein.

25 Menschen verhungert.

•:• **Agram**, 28. Febr. Am Donnerstag gelang es, zu dem Dorfe Zavaje bei Karlstadt vorzudringen, das infolge der riesigen Schneefälle seit einem Monat von der Außenwelt vollständig abgeschnitten war. Den Ankommenden bot sich ein schrecklicher Anblick. Die Dorfbewohner hatten sämtliche Lebensmittel aufgezehrt und lagen schwach und erschöpft in ihren Betten. 25 Personen waren bereits verhungert. Von Karlstadt ist sofort eine Expedition mit Lebensmitteln nach Zavaje aufgebrochen, um die Ueberlebenden zu retten.